

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 627:
Pietro Quaroni
Europa in der Weltpolitik

IRING FETSCHER

Was verstehen wir unter Freiheit?

Als Vortrag gehalten vor der „Arbeitsgemeinschaft Bonner Lehrerseminare“ am 13. 10. 1959 in Bonn unter dem Titel „Was bedeutet Freiheit im westlichen Sinne?“

Bekanntlich gibt es heute kaum noch Staatsmänner und politische Ideologen, die sich offen als Feinde der Freiheit bekennen. Die Führer des Sowjetimperiums und die Diktatoren exotischer Kleinstaaten, die verfassungsmäßig gewählten Ministerpräsidenten und die durch Staatsstreich an die Spitze gelangten, Kapitalisten und Sozialisten, Nationalisten und Internationalisten, alle führen sie täglich und stündlich die Freiheit im Munde und stellen ihre jeweiligen Staaten und Gesellschaften als Muster der Freiheit hin. Dabei versuchen sie stets zugleich die von ihnen verfochtene Art der Freiheit, als die einzige reale und wahre, gegen die gegnerischen Freiheitsformen auszuspielen, deren Unwirklichkeit und Verlogenheit sie aufzuweisen versuchen. Von einem Standpunkt über den Fronten aus, den wir nur des Experiments wegen für kurze Zeit einmal beziehen wollen, könnte man in dieser verbalen Einmütigkeit immerhin einen gewissen Fortschritt erblicken. Wie die Heuchelei eine indirekte Huldigung an die Tugend, so ist die Freiheits-Ideologie eine solche an die wirkliche Freiheit. Wenn sich niemand mehr offenerzig als Freiheitsfeind und Unterdrücker ausrufen läßt, so weist das immerhin auf gewisse Schwierigkeiten hin, denen Feinde der Freiheit heute begegnen. Aber allzuviel bedeutet jene verbale Einmütigkeit nicht.

Was kann nicht alles als Freiheit bezeichnet und im Namen der Freiheit gerechtfertigt werden! So scheint es denn auch beinahe bedenklich, wenn wir die geistige Position des Westens mit diesem einen Worte zu charakterisieren suchen. Und doch kann es kein anderes geben. Die Auffassung von der Freiheit ist es, die allein die verschiedenen politischen und weltanschaulichen Richtungen im Westen in der Ablehnung der totalitären Spielart des Sozialismus eint. Jede Fixierung auf eine bestimmte Weltanschauung, eine bestimmte parteipolitische Position oder gar eine Konfession muß hier notwendig aus dem Spiele

bleiben, wo wir die Stellung des freiheitlichen Westens im Ganzen ins Auge zu fassen suchen.

Immer wieder hört man, daß in dieser „formal bleibenden“ Freiheit und in der Ablehnung einer verbindlichen umfassenden Weltanschauung die Schwäche des Westens läge, und daß es daher notwendig ist, auch hier eine einheitliche und umfassende Weltanschauung zu entwickeln, um den Anfechtungen des dialektischen Materialismus begegnen zu können. Theodor Litt hat mit großem Ernst und dem nötigen Nachdruck darauf hingewiesen, daß es eine solche obligatorische und universale Weltanschauung für den Westen nicht geben darf, wenn anders wir die Freiheit behalten wollen, deren Verteidigung doch das Hauptmotiv für unsere Ablehnung des totalitären Sozialismus ist. Wie die Gegner sich im materiellen Kriege einander anzugleichen pflegen, so besteht auch die Gefahr, daß in der geistigen Auseinandersetzung aus Bequemlichkeit und Unwissenheit der Gegner imitiert wird, und wir — um ein Wort eines lateinischen Autors zu variieren — um der Verteidigung willen das zu Verteidigende verlieren.

Das Fehlen einer einheitlichen Weltanschauung ist aber nur scheinbar eine Schwäche des Westens. In Wahrheit besitzen wir, oder vermögen wir wenigstens durch kritische Selbstbesinnung zu unserem Besitz zu machen, was viel wertvoller als eine derartige — von außen aufgezogene oder ansuggerierte Einmütigkeit, ist: das Wissen um die Würde und Freiheit der Person und jene gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, innerhalb derer allein — bei aller Bedrohtheit — ihre Freiheit geschützt ist.

Eine Besinnung auf das Wesen der „westlichen“ Freiheit ist zugleich auch immer eine Besinnung auf das Wesen der menschlichen Person. Mein Vortrag beginnt daher mit einer kurzen philosophischen Besinnung über den Menschen, um erst von da aus auf die — im engeren Sinne — politischen Fragen zu führen.

I. Individuum — Person — Gewissen

Nach der Lehre des historischen Materialismus sind die Menschen prinzipiell durch die Gesellschaftsformation und ihre Klassenzugehörigkeit bestimmt. Mit der geschichtlichen Entwicklung ändern sich daher auch die sittlichen Normen, und die für einen Bourgeois geltenden moralischen Vorschriften haben keine Gültigkeit für einen Proletarier.

Ja im Grunde gibt es überhaupt keine rein moralischen Regeln, sondern lediglich Vorschriften, die eine herrschende Klasse im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft — oder eine unterdrückte Klasse im Interesse der Erlangung der Herrschaft — den Individuen gegenüber geltend macht. Für den Marxismus beschränkt sich dementsprechend Moralphilosophie auf eine Beschreibung dessen, was in verschiedenen Epochen von verschiedenen Gesellschaftsklassen jeweils als „moralisch“ angesehen wurde. Das Motiv für den Gehorsam der Individuen gegenüber den moralischen Forderungen der Klasse, wird dabei selbst nicht untersucht. Dieser Gehorsam könnte aber Klugheit, Nützlichkeits erwägungen oder auch spezifisch sittlichen Haltungen wie Treue, Verantwortungsgefühl usw. entspringen. In das System des Marxismus paßt lediglich die Zurückführung auf Nützlichkeits erwägungen. Aber diese werden nicht immer ausreichen, um ein Verhalten zu motivieren, daß dem „Interesse der Klasse“ entspricht. In vielen Fällen könnte ja der individuelle Nutzen gerade durch eine Loslösung von der ursprünglichen Klasse erreicht werden. Zumindest der unmittelbare Nutzen wäre dann bei Verletzung der Klassennorm größer als bei ihrer Befolgung. Unvermeidlich müssen daher die heutigen Marxisten immer wieder an eine moralische Haltung appellieren, deren Möglichkeit ihnen andererseits unerklärlich bleibt, ja die sie häufig und wenn sie an der Macht sind, regelmäßig selbst zerstören.

In uns allen spricht, mehr oder weniger laut, die Stimme des Gewissens. Sie mahnt uns wahr zu sein, aufrichtig zu sein, unseren Mitmenschen zu helfen, eigene Wünsche gegenüber berechtigten Forderungen anderer zurückzustellen und sie läßt uns manchmal, nachdem wir gehandelt haben, Reue über die Tat empfinden. Marxisten und Psychoanalytiker haben für dieses Phänomen geistreiche Erklärungen gefunden, die Ihnen wahrscheinlich bekannt sind, die ich jedoch kurz ins Gedächtnis rufen möchte, um ihre Grenze und ihre Gefahr aufzuzeigen. Nach Sigmund Freud entsteht das Gewissen letztlich dadurch, daß der heranwachsende Knabe den zugleich gehaßten und geliebten mächtigen Vater „Über-Ich“ in die eigene Seele aufnimmt, sodaß künftig dessen moralische Forderungen nicht mehr „von außen“, sondern aus dem eigenen Innern zu kommen scheinen.

Die Stimme des Gewissens ist also für ihn „nichts anderes als“ die gebietende Stimme des Vaters und da deren Legitimität ebensowenig fundiert ist, fehlt es ihr letztlich an jedem Rechtsgrund. Freud kann nur beschreiben: zu den normal entwickelten Männern in unserer Zeit und unserer Gesellschaft gehört das Phänomen des Über-Ich und seine Gewissensfunktion. Aber er kann keineswegs aus seiner Theorie folgern, daß das Gewissen notwendig und wesentlich zum Menschsein hinzugehört. Ja, eine solche Rede vom Wesen des Menschen wäre von dem prinzipiell genetischen Standpunkt Freuds aus von vornherein zu verwerfen.

Wie erklärt der Marxist das Gewissen?

Ganz allmählich muß nun auch der Marxist das Phänomen des Gewissens erklären und einige Marxisten — allerdings nicht in der Sowjetunion, wo die Psychoanalyse verboten ist — haben sogar beide Theorien miteinander verbunden. Auch der Marxist führt das Gewissen auf eine ursprünglich von außen kommende Forderung zurück. Nunmehr aber nicht auf den Vater, sondern auf die Gesellschaft und die Klasse, in der das Individuum aufwächst. Wenn man den Vater als den Exponenten der Klassenherkunft auffaßt, kann man also die Freudsche These mühelos an die marxistische anschließen. Was das Gewissen sagt, ist historisch und klassenmäßig bedingt. Seine Forderungen sind schlechthin relativ und können daher auch keine absolute Verbindlichkeit für das

Individuum beanspruchen. Marx und Engels und ebenso Lenin waren ihrer Herkunft nach Bourgeois. Ihr Gewissen hätte sie daher höchstens zu bürgerlicher Klassensolidarität und zu den Tugenden des Bürgertums, nicht aber zum Eintreten für das unterdrückte Proletariat aufrufen können. Aber es besteht kein Zweifel, daß zumindest bei den ersten beiden, moralische Motive ihr Eintreten für die Arbeiterklasse mit bestimmten. — Der Marxist muß jedoch, wenn er seiner Theorie nicht aus Liebe zu den Personen untreu werden will, diesen Übergang von Marx und Engels auf die Position des Proletariats opportunistisch deuten. So heißt es im kommunistischen Manifest: *„In Zeiten. . ., wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse. . . einen so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt.“*

Ist das Gewissen wirklich nur eine Introjektion der Vaterimago oder die habituell gewordene Forderung der Gesellschaftsklasse? Wenn wir das glaubten, wäre die hohe Achtung und die Unantastbarkeit des Gewissens, die u. a. auch unsere Verfassung bekundet, nicht gerechtfertigt. Was „nichts anderes als“ eine Funktion der Gesellschaft ist, kann auch durch diese Gesellschaft und ihre Machtorgane beliebig modifiziert werden. Wenn etwa die Mehrheit einer Bevölkerung für die Wehrpflicht eintritt, dann müßte nach der marxistischen Version auch das Gewissen für den Waffendienst sprechen und abweichende Stimmen würden als individuelle Irrtümer je nachdem bestraft oder klinisch behandelt. Wenn wir ausdrücklich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen, so geschieht das deshalb, weil wir den wohlwogenden und in der Tiefe des Gewissens begründeten Entschluß eines erwachsenen Menschen respektieren. Dabei unterstellen wir, daß der Betreffende sich zugleich die Verpflichtung jedes Gliedes einer freien Gemeinschaft zur Verteidigung der Freiheit aller bewußt gemacht hat, dennoch aber auf Grund religiöser Überzeugungen oder bestimmter sittlicher Auffassungen mit seinem Gewissen den Waffendienst nicht glaubt vereinbaren zu können.

Diese Freiheit, die der Gesetzgeber gewährt, ist durchaus logisch auf der Grundlage eines Menschenbildes, das geschichtlich vom christlichen sich herleitet, aber auch über den Rahmen der christlichen Bekenntnisse hinaus in der westlichen Welt Gültigkeit beanspruchen kann. Daß sich der Mensch vor seinem Gewissen gefordert und verantwortlich weiß, war Immanuel Kant der entscheidende Hinweis auf seine Freiheit. Nur, wenn ich mein Handeln meinem Willen gemäß einrichten kann, ist es sinnvoll, wenn mir eine Stimme innerlich das Sittliche gebietet. Wäre ich allein abhängig von meinen sinnlichen Trieben oder von den von außen an mich herangetragenen Zwang, so hätte dieser höhere innere Befehl keine Funktion.

Schon hinter dem Ausgangspunkt der Kantschen Ethik steht so eine metaphysische Grundüberzeugung: der Glaube an eine sinnvolle Ordnung der Welt und des menschlichen Daseins. — Du kannst — weil Du sollst, so lautete die Folgerung die Kant aus dem Vorhandensein des „kategorischen Imperativs“ schloß, der im Gewissen sich meldet. Diese sittliche Freiheit kann nun zwar durch keinerlei äußere Schranken aufgehoben werden. Wie immer auch durch Zwang, Gewalt, Bedrohung die Wirkungssphäre eines Menschen beeinträchtigt werden mag, immer bleibt seine sittliche Entscheidungsfreiheit unangetastet. Der Wille bleibt immer frei. Aber der äußere Zwang kann doch die Alternativen gewaltig einschränken und den Wollenden zwingen, im Grunde Unerwünschtes zu wählen. Im Falle des äußersten Zwanges: der Bedrohung durch den Tod, hat der Gezwungene nur noch die Freiheit der Selbstaufgabe, wenn er sich dem Zwingenden nicht beugen will. Zu solchem, die Freiheit extrem einengenden Zwang, hat in einem geordneten Staate kein Einzelner das Recht. Die Zwangsmittel, die jeder Staat benötigt, werden in einem Rechtsstaat ausschließlich zum Schutz der Freiheit aller und eines jeden eingesetzt. Höchste Freiheitsstrafen bedrohen denjenigen, der das Leben eines Mitmenschen absichtlich verletzt. Die Freiheit des Handelns wird insofern eingeschränkt und damit

die Entscheidungsfreiheit. Derjenige, der einen Mord zu begehen beabsichtigt, weiß, daß er dabei seine Freiheit auf Lebenszeit einzubüßen riskiert. Derartige Strafanordnungen sind notwendig, weil der Staat sich nicht darauf verlassen kann, daß alle Bürger aus sittlichen Motiven heraus handelnd Mordversuche von vorn herein unterlassen. In gleicher Weise wird die Freiheit des Handelns bzw. der Entscheidung auch in bezug auf alle anderen Verbrechen und Vergehen eingeengt. Aber abgesehen von diesen Schranken läßt der freiheitliche Rechtsstaat dem Bürger eine relativ große Sphäre, innerhalb derer er sich ganz nach Gutdünken und von beliebigen Motiven veranlaßt bewegen kann. Es erscheint uns z. B. nicht wünschenswert, daß caritative Tätigkeit und Mäzenatentum durch staatliche Verordnung geregelt werde.

Wenn diese Tätigkeiten ihren Wert behalten sollen, müssen sie völlig freiwillig sein und dürfen in keiner Weise administrativem Zwang unterliegen. Das schließt freilich ein materiell sehr viel gewichtigeres Einspringen des Staates auf diesen Gebieten nicht aus. Spenden für caritative Zwecke aber würden ihres sittlichen Wertes beraubt, wenn der Staat oder eine Einheitspartei mit Hilfe direkten und indirekten Druckes auf sie hinwirken.

Nach der Vorstellung eines veralteten Liberalismus kann der Staat den Individuen weitgehende Handlungsfreiheit einräumen, weil diese — auch wenn sie nur in egoistischer Weise auf ihren Privatvorteil ausgehen — doch dem Gemeinwohl dienen. Diese Freiheitsvorstellung ist der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem Menschenbild unserer Tage nicht mehr angemessen. In den meisten Polemiken von Seiten kommunistischer Ideologen (z. B. in den Reden von Grotewohl und Ullbricht) wird freilich die Freiheitskonzeption dieses Paläoliberalismus noch immer als die westliche Auffassung unterstellt. Aber nicht um dem Egoismus der Individuen Platz zu machen, soll nach der Auffassung zeitgenössischer politischer Denker des Westens, der Staat zurückgedrängt werden, sondern um die sittliche Entscheidung der Personen zu ermöglichen. Aus diesem Grunde ist auch der „vollkommene“ Versorgungsstaat eine Gefahr, weil er den Menschen das — sicher irri- ge — Gefühl gibt, es bedürfe keiner Hilfsbereitschaft mehr, um die Nöte der Mitmenschen zu überwinden. Niemand kann heute auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung und des Rentenwesens, der Krankenversicherung usw. einen Schritt rückwärts gehen oder auch nur für die Zukunft an etwas Derartiges denken. Aber es wird gut sein, wenn wir auch der privaten Initiative noch Raum lassen und daran denken, daß es immer caritative Aufgaben gibt, die administrativ nicht geregelt werden können. Der Glaube daran, daß jeder Mensch eine sittliche Person ist — oder wenigstens sein kann — ist es, der letztlich unsere Auffassung von der Freiheit bestimmt. Weil wir in jedem Menschen eine höchste Instanz voraussetzen, vor der er sich in seinem Tun und Unterlassen, in seinem Denken und Reden zu verantworten hat, lehnen wir Eingriffe des Staates d. h. der Exekutive in dieses Heiligtum ab und verlangen dessen Respektierung.

Sittlicher Entschluß kein rationales Rechenexempel

Gewiß der Inhalt der Stimme des Gewissens ist höchst unterschiedlich und auch das Gewissen kann irren. Doch vermag keine staatliche Institution uns deshalb die Entscheidung abzunehmen, soweit wir nicht mit den elementaren Notwendigkeiten jedes Gemeinschaftslebens in Konflikt geraten, aber selbst da wird im Einzelfall der Richter dem ehrlichen Gewissen noch Rechnung tragen.

Die Situation jedes Individuums ist einzigartig und kann nicht unmittelbar an einer generellen Norm gemessen werden. Aus der Einsicht in die sittlich geforderte Ordnung einerseits und dem Wissen um die Situation andererseits, bildet sich der sittliche Entschluß. Dieser aber ist kein rationales Rechenexempel und kann uns von keinem Elektronengehirn abgenommen werden. Nur in der Stille des Herzens „wenn die Leidenschaften schweigen“ und die Stimme des Gewissens spricht, wird die sittliche Entscheidung fallen.

Es wäre töricht, wenn wir deshalb leugnen wollten, daß die Menschen durch die Gesellschaft, in der sie leben und die Schicht, der sie

angehören, in ihrem Denken und Fühlen stark beeinflußt werden. Auch hier wird von den Anhängern des Marxismus dem freiheitlichen westlichen Denken eine Einseitigkeit unterstellt, die längst nicht mehr der Wahrheit entspricht. Aber wie hoch man immer die Bedeutung des Milieus veranschlagen mag, so bleibt doch unangetastet unsere Überzeugung, daß der sittliche Kern der Person in Tiefen beheimatet ist, die allen Umwelteinflüssen entzogen sind. In der Erziehungslehre hat diese Überzeugung zur Folge, daß wir im Sittlichen mehr auf Erweckung des Gewissens und Entfaltung der im jungen Menschen angelegten sittlichen Einstellung Wert legen, als auf eine notwendig äußerlich bleibende moralische Dressur. Der sowjetische Erzieher dagegen sucht durch das Kollektiv für das Kollektiv zu erziehen und moralische Wertungen, Haltungen und Handlungen von außen an die Zöglinge heranzutragen. Freilich mag es auf einer gleichsam „inoffiziellen“ Ebene daneben auch sittliche Erziehung in Form der Erweckung des Gewissens geben, etwa wenn junge Russen die große Literatur des 19. Jahrhunderts mit ihrem tiefen Humanismus lesen. Aber systemgerecht ist nur jene äußerliche Erziehung durchs Kollektiv und die von ihm oder richtiger durch die Parteiführung gesetzten Normen. Wie nach der Lehre von Lenin das Proletariat nicht im Stande ist, von sich aus zur Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und des politischen Klassenkampfes zu gelangen, wie es seiner Auffassung nach notwendig ist, das Proletariat „von außen“ — durch ehemals bürgerliche Intellektuelle und durch die klassenbewußte Vorhut des Proletariats die Partei — über seine wahren Interessen zu belehren, so verhält es sich auch mit jedem Einzelnen. Der junge, noch nicht geschulte Sowjetbürger hat erst noch lange zu lernen, was gut und was böse ist, was er lieben und was er hassen soll. Und alle sittlichen Wertungen sind der höchsten politischen Orientierung untergeordnet. „Gut ist, was dem Sieg des Proletariats nützt“ lautet die bekannte Formel von Lenin. Was aber dem Sieg des Proletariats nützt, weiß allein die Partei oder richtiger ihre höchste Führung. Damit fällt dieser nicht nur die politische, sondern auch die moralische Leitung anheim. Die politische Entmündigung wird durch eine sittliche ergänzt und überboten.

In der westlichen Welt gibt es äußerlich gesehen keine solche höchste Instanz, die über Gut und Böse, Liebens- und Hassenswertes entscheidet und kann es eine solche Instanz nicht geben. Wie groß auch immer das moralische Ansehen von Einzelnen oder ehrwürdigen Institutionen sein mag, letztlich ausschlaggebend ist die Entscheidung des freien — vor der eigenen Seele und Gott verantwortlichen — Gewissens. Auch wenn wir nicht daran glaubten und darauf hofften, daß auf diesem Wege in tieferer und gesicherterer Weise Einmütigkeit unter den Menschen erreicht werden kann, wäre uns die Freiheit ein unaufgebbares Gut. Die westliche Welt ist der unerhört kühne Versuch der Errichtung einer Gesellschaft und von Gemeinschaften, die auf dem Glauben an den Menschen und seinen sittlichen Personkern basieren. Nicht der sowjetische Totalitarismus ist — in säkularem Maßstab gesehen — das unerhört Neue und Große, sondern die freien westlichen Gemeinschaften. Denn autoritäre Staaten hat es zu allen Zeiten gegeben, wenn auch keine totalitären, die sich durch konsequente und radikale Durchführung und lückenlose Ideologisierung von ihnen unterscheiden. Der Versuch in der Freiheit und im Vertrauen auf die sittliche Entscheidung der mündigen Bürger zusammenzuleben, ist noch immer unerhört neu und ein großes Wagnis, das sich durch unser aller Anstrengung zu bewähren hat.

Der Glaube an die sittliche Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen ist die Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie. Aber dieser Glaube ist nicht mehr so radikal und ungebrochen wie im 18. Jahrhundert. Auch fehlt uns der Glaube an die unbegrenzte Rationalisierbarkeit des Gemeinschaftslebens. Unsittliches und Unvernünftiges werden nicht mehr als vollständig eliminierbar angesehen. Aber in der Kritik am unbegrenzten Optimismus der Aufklärung, darf nicht über das Ziel hinausgeschossen werden. Ihr grenzenloser Glaube an Vernunft und Sittlichkeit konnte zur Anarchie (wenn beide allen Individuen zugeschrieben wurden) oder zum Despotismus (wenn sie eine Minorität in Anspruch nahm) führen, aber auch auf die Überzeugung von der radikalen Unvernunft und hoffnungslosen Verderbtheit des

Menschen, kann eine absolute Herrschaftsordnung gegründet werden. Nur wenn man den Menschen als ein Wesen begreift, das beides ist: vernünftig und sittlich und irrational und böse zugleich, wird man den Gefahren der Einseitigkeit der politischen Konsequenzen entgehen. Der Glaube an Vernunft und Gewissen im Menschen läßt uns die Freiheitsspielräume verteidigen und als sinnvoll empfinden; das Mißtrauen gegenüber der

Vollkommenheit des Menschen führt zur sorgfältigen Abwägung der Möglichkeiten des Mißbrauchs, die in bestimmten gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Konstellationen liegen. Diese Einstellung ist weniger einheitlich und systematisierbar als die genannten Extreme, aber sie wird der Erfahrung gerecht und widerspricht nicht den Lehren des Christentums, auch wenn die beiden großen Konfessionen an dieser Stelle sich voneinander unterscheiden.

II. Gesellschaftliche und politische Voraussetzungen

Nachdem wir im ersten Teil meiner Ausführungen den Glauben an die sittliche Autonomie des Menschen — oder doch zumindest an seine Fähigkeit, in der Stimme des Gewissens einem leitenden Maßstab zu begegnen, der seine Würde und seine Freiheit ausmacht — kennengelernt haben, möchte ich Ihnen jetzt in einigen wenigen Grundzügen die gesellschaftlichen wie die politischen Vorbedingungen der Freiheit im „westlichen Sinne“ ins Bewußtsein rufen.

Im politischen Bereich müssen wir zwei idealtypisch voneinander scharf geschiedene Freiheitskonzeptionen auseinanderhalten: die demokratische und die liberale. Für den Liberalen besteht Freiheit in der Gewährung eines möglichst großen *Spielraums*, innerhalb dessen sich der Einzelne frei, d. h. nach Gutdünken, bewegen kann. Der alte, heute kaum noch irgendwo verteidigte Liberalismus forderte diesen Spielraum in der Erwartung, daß sich durch das freie Spiel der egoistischen Kräfte der Individuen automatisch und hinterrücks das Gemeinwohl einstellen werde. Sittliche Normen schienen geradezu entbehrlich, weil man glaubte, daß der private Vorteil und das individuelle Gewinnstreben *eo ipso* auch der Gemeinschaft am meisten Vorteile verschaffen würde. In dieser Form wird heute kaum noch ein Liberaler die Freiheit deuten. Er wird aber den Freiheitsspielraum fordern, damit sich die spontane Aktivität der Bürger in ihr entfalten und so alle intellektuellen, künstlerischen und auch sittlichen Kräfte zur Geltung kommen können. Auch wenn der Willkürspielraum für den wirtschaftenden Einzelnen durch zahlreiche staatliche Bestimmungen weit eingeengt worden ist, wird auf dem Gebiet der Meinungs-, Rede-, Versammlungs-, Veröffentlichungsfreiheit usw. der Liberale an einem Maximum festhalten, weil er in der freien Entfaltung der Persönlichkeit einen höchsten Wert erblickt und dem Staat eine nur schützende, untergeordnete Rolle zuzuweisen neigt.

Für den *Demokraten* — auch wieder als reinen Idealtypus vorgestellt — besteht die Freiheit darin, daß jeder Staatsbürger an der *Willensbildung* der staatlichen Gemeinschaft teilnehmen kann. Freiheit ist nicht ein *Spielraum* für individuelle Entfaltung, sondern die *Möglichkeit der Teilhabe*. In je stärkerem und umfassenderem Maße diese Teilhabe möglich ist, desto „demokratischer“ und freier erscheint ihm ein Staatswesen. Beide Formen der Freiheit sind nicht nur voneinander unterschieden, sondern stehen auch in einem starken inneren Spannungsverhältnis. Liberale Freiheit ist denkbar in einem nichtdemokratischen Rechtsstaat, und eine Demokratie ist denkbar, ohne nennenswerte liberale Freiheitssphären. Im Zeitalter der sich verwirklichenden Demokratie, im 19. Jahrhundert, glaubte man, daß eine Beschränkung staatlicher Allmacht, wie sie dem absolutistischen Staat gegenüber mit Recht gefordert wurde, nicht mehr notwendig sei, da der Staat ja nur das Organ des vereinigten Volkes und daher keine diesem gegenüber feindliche Macht mehr darstelle. *John Stewart Mill* ist es gewesen, der in seiner Schrift über die Freiheit als erster nachdrücklich auf die Gefahr dieses Mißverständ-

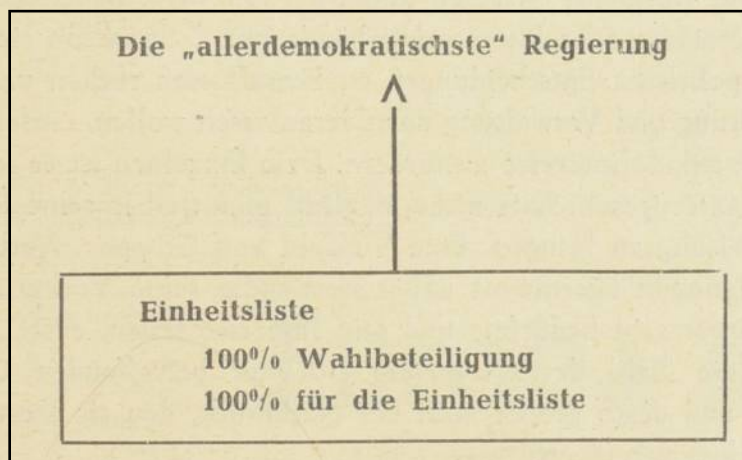
nisses hingewiesen hat: „solche Ausdrücke wie ‚Selbstregierung‘ und ‚die Macht des Volkes über sich selbst‘ entsprechen nicht der wahren Lage der Dinge. Das Volk, welches die Macht ausübt, ist nicht immer dasselbe Volk, wie das *über* welches sie ausgeübt wird, und die Selbstregierung, von der geredet wird, ist nicht die Regierung jedes einzelnen über sich selbst, sondern jedes einzelnen durch alle übrigen. Überdies bedeutet der Wille des Volkes praktisch den Willen des zahlreichsten oder des aktivsten seiner Teile, nämlich der Mehrheit oder derjenigen, denen es gelingt, sich als die Mehrheit anerkennen zu lassen. Das Volk kann infolgedessen beabsichtigen, einen Teil der Gesamtheit zu bedrücken, und Vorsichtsmaßregeln dagegen sind ebenso geboten, wie gegen jeden anderen Mißbrauch der Gewalt. Die Begrenzung der Regierungsgewalt über Einzelwesen (d. i. die von mir als „liberal“ bezeichnete Freiheit) verliert daher nichts von ihrer Dringlichkeit, wenn die Verwalter der Macht weiterhin der Gemeinschaft, d. h. ihrer stärksten Partei, regelrecht verantwortlich sind“ (dt. Ausgabe Heidelberg 1948, S. 29 f.). Auch in einer demokratischen Staatsordnung kann daher auf liberale Freiheitsspielräume nicht verzichtet werden, weil stets die Möglichkeit der Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit besteht. Das Recht der Minderheit auf die Geltendmachung ihrer Eigenart — soweit sie nicht die Existenz der Gesamtheit gefährdet — wird von der Mehrheit anerkannt, weil sie den freien sittlichen Willen jedes Staatsbürgers respektiert und auch in dem, was von ihrem Standpunkt aus nur Irrtum genannt werden kann, die Freiheit achtet, die die anerkannte Grundlage der Gemeinschaft darstellt. Die Minderheit genießt auch deshalb Schutz gegenüber der Macht der Mehrheit, weil die freie Entscheidungsmöglichkeit jedes Einzelnen, der heute für die Mehrheit gestimmt hat, andernfalls aufgehoben würde. Der Minderheit muß die Chance bleiben, morgen selbst Mehrheit zu werden. Jedem Einzelnen müssen echte Alternativen offen bleiben. „*Ich stimme nicht mit Ihnen überein, aber ich werde bis zum letzten dafür eintreten, daß Sie das Recht behalten, von meiner Ansicht abzuweichen*“. In dieser Formel hat Voltaire das Wesen politischer Toleranz prägnant zum Ausdruck gebracht. Sie ist ein notwendiges Korrelat der Freiheit und geht letztlich auf jene Auffassung vom Wesen der freien sittlichen Entscheidung zurück, die ich im ersten Teil meines Vortrages skizziert habe.

Wie die demokratische Teilhabe der Bürger an der Gestaltung des Staates illusorisch wird ohne Freiheitsspielraum, innerhalb dessen sich die politischen Auffassungen klären und aneinander messen und die Entscheidungen reifen können, so ist der Freiheitsspielraum ungesichert, solange es keine funktionierende demokratische Kontrolle des Staates, d. h. der Regierung gibt. Beide Freiheitsarten stützen und korrigieren sich in einer funktionierenden Demokratie wechselseitig und müssen miteinander zugrundegehen: wo die liberale Freiheit unter eine bestimmte Grenze eingeschränkt wird, muß die demokratische Teilhabe zur Farce werden und wo man die demokratischen Rechte leugnet, müssen bald auch die liberalen Freiheiten fallen.

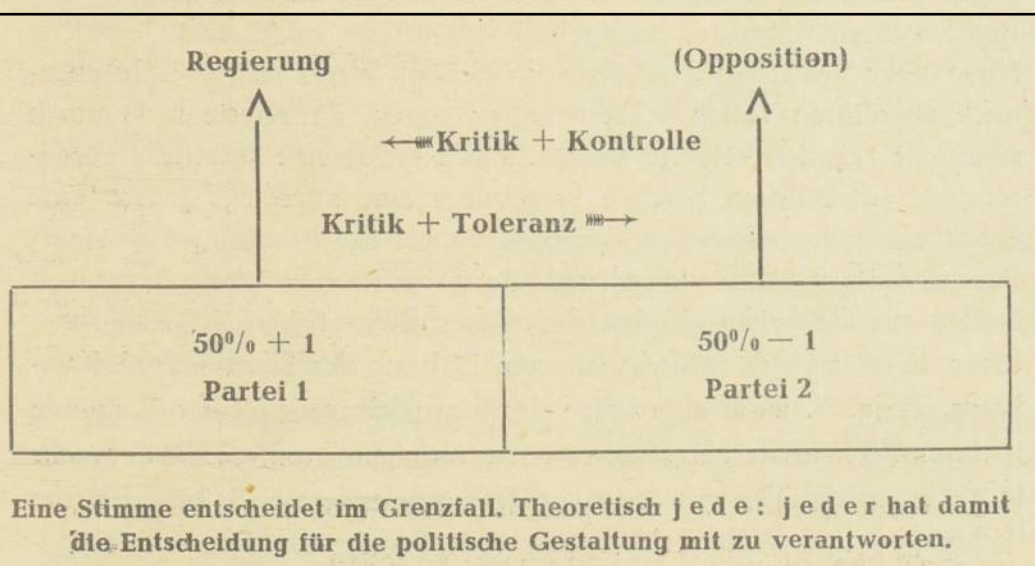
Zwei Auffassungen von Demokratie

Zwei Auffassungen von Demokratie stehen hier einander gegenüber. Aber nicht — wie die Marxisten-Leninisten meinen — eine formelle westliche und eine materielle sowjetische, sondern umgekehrt: eine reale bei uns und eine rationalistisch-fiktive in der kommunistischen Welt.

Ich will das an Hand einer Anekdote zu erläutern suchen. Vor einigen Jahren hatte ich die Möglichkeit, mich mit dem Präsidenten der Ostberliner Volkskammer Dieckmann über das Wesen der Demokratie zu unterhalten. Dabei kamen wir auf die sogenannten Massenorganisationen zu sprechen, die in der Sowjetzone eigene Wahllisten aufstellen. Auf meine Frage, inwiefern diese Gruppen — wie Gewerkschaftsbund, Demokratischer Frauenbund usw. von der SED-Politik abweichende Standpunkte vertreten, gab Dieckmann zu, daß deren politische Orientierung mit derjenigen der SED übereinstimme. Die Aufstellung besonderer Listen erklärte er aber mit der Verstärkung des demokratischen Charakters der Wahlen auf Grund einer auf diesem Wege erzielten höheren Wahlbeteiligung. Zahlreiche Menschen stünden den eigentlich politischen Fragen noch relativ fern und könnten nur auf dem Wege über diese Massenorganisationen — den Sport — ihre Gewerkschaft — den Frauenbund usw. an die Politik herangeführt werden. Je mehr Bürger wählen und je mehr von diesen die führende SED unterstützen, desto demokratischer erschien ihm der Charakter des Staates. Daß aber — einmal abgesehen von dem Wert dieser „Wahlen“ überhaupt, die Aufstellung von Wahllisten, die nur äußerlich und scheinbar sich von der Liste der SED unterscheiden, einer Irreführung der Wähler gleichkommt, schien den Volkskammer-Präsidenten nicht zu beunruhigen. Das „Ideal“, das hinter dieser Auffassung von Demokratie steht ist die 100%ige „Zustimmung“ der Staatsbürger zur Einheitspartei.



Gegenüber dieser quantitativen Auffassung von Demokratie und dem Ideal der Einstimmigkeit würde ich die westliche Auffassung als qualitativ und vom Ideal der echten Entscheidungsmöglichkeit bestimmt bezeichnen. Nicht, daß möglichst alle Staatsbürger hinter der herrschenden Regierung stehen, sondern daß jeder wirklich mitentscheiden kann, bestimmt den Charakter einer funktionsfähigen Demokratie. Will man sich das ebenfalls am „Grenzfall“ veranschaulichen, so muß man sich ein Zweiparteiensystem vergegenwärtigen, in dem die beiden Konkurrenten über annähernd gleich viel Anhänger im Lande verfügen. In diesem Falle, wo eventuell eine ein-



zige Stimme über die künftige Regierung entscheidet, erhält jeder Einzelne eine maximale Verantwortung, ist es gleichsam in die Hand jedes gewöhnlichen Staatsbürgers gelegt, über das Schicksal aller zu entscheiden. Ich will damit keineswegs sagen, daß es politisch besonders wünschenswert wäre, wenn nur eine knappe Mehrheit bei den Wahlen erzielt wird, obgleich ein allzu großes Übergewicht einer Partei in der Tat auf die Dauer bedenklich sein könnte, sondern nur an einem Modell sichtbar machen, daß die wirklich funktionsfähige Demokratie jedem einzelnen ein Maximum an Verantwortung und realer Mitbestimmung einräumt.

Damit haben wir bereits die erste politische Vorbedingung für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie genannt: die Existenz einer Mehrzahl (mindestens einer Zweierheit) von politischen Parteien. Nur in ganz kleinen und überschaubaren Verhältnissen kann heute noch auf Parteien verzichtet werden. Nur wenn wirklich jedes Glied der Gemeinschaft jeden oder zumindest jeden fähigen Mann kennt, ist es möglich, daß ohne die integrierende Funktion von Parteiorganisationen eine freie Wahl sinnvoll angesetzt werden kann. In allen modernen Staaten sind dagegen Parteien notwendig, um aus der Vielzahl politischer Ordnungsideen einige wenige sichtbar herauszuheben und durch Organisationen für ihre Durchsetzung zu wirken. Auch wenn diese Parteien sich ihrem Ursprung oder ihrem Wesen nach auf bestimmte Bevölkerungskreise stützen, müssen sie in ihrem Programm die Gesamtheit ansprechen und sich aufs Ganze beziehen. Das gilt in erhöhtem Maße, wenn es nur zwei Parteien gibt, sodaß es jeder von ihnen nur gelingen kann, die Regierung zu bilden, wenn sie eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. — Wie unabdingbar diese Voraussetzung einer Mehrzahl von Parteien ist, kann man leicht am Zerrbild der Einparteiendemokratie ablesen. Auch wenn „theoretisch“ eine Demokratie mit einer „Partei“ denkbar ist, — so sehr schon der sprachliche Widerspruch einer Partei, die alleine dasteht, ins Auge springt — so müßte in ihr an die Stelle des Wechselspiels der Parteien, ein freies Spiel der Fraktionen innerhalb der Partei treten. Anders ausgedrückt: nur eine wirklich funktionierende innerpolitische Demokratie und die Bildung von erkennbaren Fraktionen könnte unter diesen Umständen den demokratischen Charakter des Staatswesens garantieren. Die Erfahrungen, welche wir in den letzten Jahrzehnten mit Einparteiestaaten gemacht haben, sprechen aber nicht dafür, daß so etwas auf die Dauer möglich ist. Die Nationalsozialisten entledigten sich, im zweiten Jahr nach ihrer Machtergreifung, auf gewaltsame Weise des einen Flügels der „Bewegung“ und in der Sowjetunion wurde schon zu Lebzeiten Lenins zunächst die Fraktionsbildung und unter Stalin dann auch noch die Bildung von sogenannten innerparteilichen „Plattformen“ verboten. Wenn man aber kaum damit rechnen kann, daß eine zur Alleinherrschaft gelangte Einheitspartei demokratisch bleibt, so ist auf der anderen Seite die fehlende effektive Demokratie innerhalb einer der mehreren, miteinander um die Führung ringenden Parteien relativ ungefährlich: einmal weil die Gegenpartei — bei vorherrschender demokratischer Einstellung der Wähler — in der Auseinandersetzung stets auf diesen Punkt hinweisen wird und schon damit eventuell zur Korrektur zwingt und zum anderen, weil — ungeachtet ihrer Struktur diese Partei genötigt ist, auf den Willen der Wähler einzugehen, wenn sie Stimmen gewinnen oder gegebenenfalls die Mehrheit behalten will.

Die Erfahrungen der Weimarer Republik haben freilich bei uns dazu geführt, daß im Grundgesetz, Artikel 21, Abschnitt 2, bestimmt wird, daß Parteien „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“ als verfassungswidrig anzusehen sind. Die Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit wird dem Bundesverfassungsgericht überlassen, wobei die Frage ausschlaggebend ist, ob die betreffende Partei grundsätzlich dazu bereit ist, in Zusammenarbeit mit anderen, gegnerischen Parteien auf parlamentarischem Wege die Politik zu bestimmen, oder ob sie einen grundsätzlichen Monopolanspruch erhebt und gewillt ist, diesen bis zur Vernichtung aller anderen politischen Gruppierungen durchzusetzen. Insofern in der undemokratischen Struktur einer Partei ein Hinweis auf eine solche Konzeption gesehen werden kann, wird sie eventuell zur Verurteilung

führen (wie z. B. im Falle der SRP das „Führerprinzip“ innerhalb der Partei mit der politischen Auffassung vom Wesen des durch die Partei zu verwirklichenden Staatswesens harmonierte). Soweit aber die Verringerung der innerparteilichen Demokratie nur dem extremen Übergewicht und dem vorherrschenden Ansehen einer Person zuzuschreiben ist, oder auf dem schwer zu vermeidenden Vorteil der kleinen Führungsgruppe beruht, wird man bei aller gebotenen Aufmerksamkeit doch noch keine unmittelbare Gefahr für den Bestand der Demokratie sehen dürfen.

Politische Vorbedingungen einer freiheitlichen Demokratie

Mit der Existenz einer Mehrzahl von Parteien sind aber noch bei weitem nicht alle politischen Vorbedingungen einer freiheitlichen Demokratie gegeben. Ohne sie hier alle in der erforderlichen Ausführlichkeit schildern zu können, möchte ich nur die wichtigsten kurz nennen und begründen:

An erster Stelle steht hier — traditionsgemäß — die sogenannte Gewaltenteilung, die Montesquieu in seiner idealisierenden Beschreibung der englischen Verfassung als erster zu Ehren gebracht hat. Sie besagt, daß Gesetzgebung, Rechtsprechung und Regierung (und Verwaltung) voneinander unabhängigen Institutionen zu übergeben sei, wenn man verhindern wolle, daß die Bürger unterdrückt würden. Wenn nämlich der Gesetzgeber zugleich die praktische Durchführung der Gesetze innehat, kann er sich für seine Unterdrückungsgelüste jederzeit die rechtliche Grundlage verschaffen und in ähnlicher Weise könnte der Richter, der zugleich das von ihm anzuwendende Gesetz macht, seinem Machtwillen oder seiner Bequemlichkeit folgend, freiheitsfeindliche Gesetze geben. Ein wichtiger Sonderfall der Gewaltenteilung ist übrigens die *Verwaltungsgerichtsbarkeit* zum Schutze der Bevölkerung vor der Willkür von Verwaltungsinstanzen, deren Aufgabenbereich mit der Entwicklung zum Versorgungsstaat ständig zugenommen hat.

So wichtig aber diese Gewaltenteilung auch sein mag, stellt sie allein ebensowenig eine Garantie für die Freiheit der Bürger dar, wie die formelle Teilhabe aller an der staatlichen Willensbildung durch die Wahlen. Wenn zum Beispiel bei formaler Teilung der Gewalten deren Inhaber zusammen eine festverbundene Minderheitsgruppe darstellen, dann wird dadurch die Wirkung der Teilung notwendig wieder aufgehoben, auch wenn zugegeben ist, daß sich durch die unterschiedenen Funktionen und Aufgaben leicht von selbst eine gewisse Differenzierung der Auffassungen innerhalb der als homogen angenommenen Schicht und damit eine Art „Balancezustand“ herstellen kann. Tatsächlich neigen denn auch Staaten mit einer einheitlichen Herrschaftsgruppe auch zur formellen Aufhebung der Gewaltenteilung (Sowjetunion). Auf die Dauer ist diese und ihre Wirkung jedoch nur garantiert, wenn auch in der Gesellschaft eine Mehrzahl von einflußreichen Gruppen und Schichten in spannungsvollem Gleichgewicht stehen. Durch die politische Erfahrung belehrt, wissen wir heute, daß die institutionelle Garantie der Gewaltenteilung die Bürger nur schützt, wenn es gesellschaftliche Gruppen gibt, die zugleich an ihrer Aufrechterhaltung interessiert und genügend einflußreich sind, um mit Nachdruck für sie eintreten zu können. Die politische Gewaltenteilung muß durch eine gesellschaftliche Pluralität untermauert sein, wenn im modernen Staat der Einzelne Chancen der Freiheit behalten soll.

Wie die freiheitliche Demokratie von der totalitären sich durch die Existenz einer legalen Opposition (der jeweils in der Minderheit befindlichen Partei oder Parteigruppierung) unterscheidet, so die freiheitliche Gesellschaftsordnung von der totalitären durch die Existenz einer Mehrzahl einander in Schach haltender Bevölkerungsgruppen und Interessenvertreter. In jeder modernen Industriegesellschaft gibt es eine Vielzahl von miteinander in Konflikt oder wenigstens in Spannung zueinander stehenden Interessen. Die totalitäre Lösung dieses Konfliktes besteht darin, daß eine politische Führungsgruppe von sich aus und ohne wirksame Kontrolle durch die Bevölkerung entscheidet, welches die zu berücksichtigenden gesamtgesellschaftlichen Interessen

sind. Im Falle des Marxismus-Leninismus glaubt sie eine Theorie zu besitzen, durch die es ihr möglich ist, „wissenschaftlich“ zu bestimmen, was die wahren Interessen der Gesamtheit sind. Wir glauben, daß es eine solche „wissenschaftliche“ Ermittlung des „richtig bestimmten Gemeininteresses“ nicht gibt, erwarten aber, daß die politischen Parteien sich nicht zu Sprechern einseitiger wirtschaftlicher, ideologischer und machtpolitischer Interessen machen, sondern — von unterschiedlichen Standorten aus — das Gesamtinteresse zu bestimmen suchen.

Die Interessenverbände und Berufsvertretungen — an ihrer Spitze die Gewerkschaften auf der einen und die Arbeitgeberverbände auf der anderen Seite — haben eine andere Aufgabe. Sie versuchen, in einem von der politischen Ordnung ausdrücklich freigelassenen Raum, auf einem institutionell immer besser geregeltem Wege den Konflikt ihrer Interessen auszutragen und zu einem beiderseits erträglichen Kompromiß zu gelangen, der freilich angesichts der Dynamik der marktwirtschaftlichen Entwicklung immer wieder neu gesucht werden muß. Insofern die Stärke dieser Verbände von der Aktivität und Energie der in ihnen zusammengeschlossenen Mitglieder abhängig ist, kann — bis zu einem gewissen Grade wenigstens — damit gerechnet werden, daß diese mit dem Grad der Bedrohtheit der Interessen wächst und einen heilsamen Ausgleich gegenüber gefährlichen Verzerrungen des Machtgefüges innerhalb einer Gesellschaft herbeiführen wird. Eine Gesellschaft erscheint uns daher umso freier, je besser der „Mechanismus“ dieser Gruppen-Antagonismen wirksam ist. Wir erwarten nicht — wie die Kommunisten — von einer kommenden klassenlosen Gesellschaft die restlose Aufhebung aller Interessengegensätze und glauben den Sowjetideologen nicht, wenn sie die völlige Interessensolidarität der sowjetrussischen Oberschicht mit den Industriearbeitern und dieser mit den Kolchosbauern behaupten, aber wir halten dafür, daß es vernünftiger und besser ist, wenn diese unterschiedlichen Interessen offen beim Namen genannt und durch institutionell geregelte Auseinandersetzungen ein Ausgleich zwischen ihnen gesucht wird. Bedenklich sind all diese Interessen oder Interessenverbände nur dann, wenn sie „hintenherum“ politische Entscheidungen zu beeinflussen suchen und Parteien, Regierung und Verwaltung dazu veranlassen wollen, einseitig ihr jeweiliges Partikularinteresse zu fördern. Dem Einzelnen ist es in einer modernen Massengesellschaft nicht möglich, unmittelbar seine Bedürfnisse zur Geltung zu bringen. Eine Vielzahl von Gruppen, Verbänden und Vereinigungen übernimmt daher notwendig seine Vertretung. Je mehr Mitbürger sein Bedürfnis und sein Interesse teilen, desto größer wird auch die Zahl derer sein, die sich der betreffenden Gruppe anschließen und desto größer auch der Nachdruck, den sie ihrem Anliegen zu geben vermögen.

Derartige Bedürfnisse, die auf der Ebene der Gesellschaft ihre Vertretung finden und ihre oft gegensätzliche Vielfalt entwickeln, sind aber nicht nur wirtschaftlichen Charakters. Auch weltanschauliche Gruppen, künstlerische Interessen, sportliche, wissenschaftliche und sonstige finden hier ihren Ausdruck. Die Freiheit der Personen in einer Gesellschaft ist aber umso besser gesichert, auf je zahlreicheren Gebieten echte Dualitäten und Pluralitäten bestehen, je größer die Toleranz ist, die sie einander entgegenbringen. Keine dieser Gruppen darf einseitig und ausschließlich von der politischen Macht des Staates gefördert werden, selbst nicht eine einzelne Konfession. So sehr sich der Gläubige gegen eine Bezeichnung der Kirchen als „Interessenvertretungen“ mit Recht wehren würde, so wenig läßt sich leugnen, daß sie in einem Sinne auch Interessenverbände darstellen. Wenn religiöse Bekenntnisse aber ihren vollen Wert behalten sollen, dürfen sie nicht durch staatliche Prämien belohnt werden. Das schließt eine staatliche Förderung der christlichen Kirchen keineswegs aus, allerdings jedoch eine Bevorzugung irgendwelcher Konfessionen bei der Besetzung von staatlichen Ämtern. Die vielfach geübte proportionale Aufteilung von Stellen auf die beiden großen christlichen Bekenntnisse ist eine Karikatur dieser an sich wünschenswerten Haltung des Staates. Eine Karikatur, die z. T. wohl eine Folge der Einwirkung kirchlicher Verbände in ihrer Eigenschaft als „Interessenvertretungen“ und des Mißtrauens in die staatliche Neutralität ist. — Daß auch andere z. B. künstlerische Richtungen und Weltanschauungen vom Staate normiert und vorge-

schrieben werden können, haben uns die beiden großen Beispiele totalitärer Staaten: der nationalsozialistische und der sowjetische vorerzählt. In beiden war die moderne Kunst als „entartet“ und „volksfremd“ verpönt und verboten, in beiden wurde ein konventioneller „Realismus“ zum offiziellen Kunstkanon erhoben, beide Male war der Niedergang der Kunst die notwendige Folge.

Noch weniger als auf wirtschaftlichem Gebiet trauen wir auf künstlerischem, weltanschaulichem und religiösem Gebiet dem Staat ein höheres Wissen zu. Hier muß er den verschiedenen Richtungen und Gruppen volle Freiheit lassen, gerade auch um seiner willen. Die für die moderne industrielle Gesellschaft unentbehrliche Wissenschaft kann nur in vollkommener Freiheit gedeihen. Ihre Existenz ist durch totalitäre Staatsordnungen bedroht. Es liegt eine gewisse welthistorische Gerechtigkeit darin, daß Hitler hervorragende jüdische Gelehrte zur Emigration gezwungen hat, die dann zum Siege der Alliierten über die „Achsenmächte“ wesentlich beigetragen haben. So groß aber auch immer die Erfolge der sowjetrussischen Physiker und Raketenforscher sein mögen, so wenig kann daran gezweifelt werden, daß der Beitrag dieses begabten Volkes zur Wissenschaft der Welt noch viel bedeutender sein könnte, wenn sich auf allen Gebieten seine Qualitäten so frei entfalten könnten, wie in den wenigen vom Staate wegen ihres militärisch-technischen Nutzens nachdrücklich geförderten und von ideologischer Gängelung fast gänzlich befreiten Disziplinen.

Es ist schier unvermeidlich, daß von der gebotenen Freiheit oft auch ein falscher Gebrauch gemacht wird. Daß unter den Weltanschauungen und künstlerischen Richtungen, unter wirtschaftlichen Unternehmungen und Interessengruppen eine ganze Anzahl sich entwickeln, um deren Verlust es nicht schade wäre. Aber diejenigen verkennen das Wesen unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und ihrer Institutionen, die allemal gleich nach dem Arm des Staates rufen. Zunächst

und vor allem sind wir alle aufgerufen, wenn es um den Kampf gegen Mißstände und Mißbrauch der Freiheit geht. In der freiheitlichen demokratischen Welt des Westens ist keineswegs jeder nur sich selbst der Nächste, sondern jeder verantwortlich für alle. Zwar darf sich keiner zum Vormund des anderen aufwerfen, aber ebensowenig darf er sich vom Schicksal des Mitmenschen abwenden. Ich habe die tiefere Rechtfertigung dieses Systems der Freiheit in dem Menschenbild der christlich-humanistischen Tradition gesucht. Das bedeutet aber zugleich auch, daß nur durch eine sittliche verantwortliche Haltung der Staatsbürger die freie Welt im Konkurrenzkampf mit den auf reibungslos funktionierenden konstruierten totalitären Staaten bestehen kann. An die Stelle wo dort der Zwang steht, muß bei uns die Selbstdisziplin treten, nur dann wird sich die freie Gemeinschaft dem Zwangskollektiv gegenüber wirklich als überlegen bewähren.

Man hat gelegentlich gesagt, daß der Westen von der Jugend zu wenig und der Osten zu viel verlange. Vordergründig scheint das zu stimmen. Aber im Grunde fordert die freie Welt von ihren Bürgern viel mehr als die totalitäre. Aller Wohlstand und alle Freiheiten, die wir in der Bundesrepublik genießen, dürfen uns keinen Augenblick vergessen lassen, daß wir in einer immer kleiner werdenden Welt eine ständig wachsende Verantwortung tragen, die an den Grenzen unseres Landes nicht halt macht. Wir sind zu Partnern in der großen Gemeinschaft der freien Völker geworden und tragen mit an deren gemeinsamer Verantwortung. Kein Fehler eines Nachbarn darf uns Gefühle der Schadenfreude erwecken, sondern nur ernste Besorgnis, kein Mangel in einem der Entwicklungsländer kann uns gleichgültig sein, wenn wir imstande wären, ihm abzuweichen. Je weniger wir gezwungen sind, desto größer ist unsere Verantwortung. Die Freiheit ist nicht nur ein köstliches Geschenk, sondern legt uns auch große Pflichten auf. Seien wir der sowjetischen Welt dankbar, daß sie uns ständig an sie gemahnt.

PIETRO QUARONI

Europa in der Weltpolitik

Mit freundlicher Genehmigung der Europa-Union bringen wir hier den Vortrag zum Abdruck, den der italienische Botschafter in der Bundesrepublik Dr. Pietro Quaroni, anlässlich des XI. Kongresses der Europa-Union am 3. Oktober 1959 in Dortmund gehalten hat.

Wenn man von der heutigen Stellung Europas in der Welt spricht, könnte man im Geiste des berühmten Ausspruchs von Sieyès über den dritten Stand sagen: Was war Europa? Alles. Was ist Europa heute? Nichts. Es ist heute selbst für uns alte Leute schwer, uns an die Stellung zu erinnern, die Europa noch zu Anfang der Jahrhundertwende besaß. Man erinnere sich auch zum Beispiel nur daran, daß in den letzten diplomatischen Verhandlungen vor dem ersten Weltkrieg sich die sechs führenden europäischen Staaten nicht einen Moment lang über die Haltung Amerikas kümmerten: man diskutierte darüber, was Griechenland oder Bulgarien machen könnte, aber nicht darüber, was die Vereinigten Staaten tun könnten.

Noch im Jahre 1932 hat Mussolini einem italienischen Diplomaten folgendes gesagt: *Ich habe Sie zum Botschafter befördert. Leider kann ich Ihnen nicht einen Posten in Europa geben. Sie müssen sich mit Washington begnügen.*

Bis zu Anfang des ersten Weltkrieges und bis zu einem gewissen Punkt noch am Vorabend des zweiten Weltkrieges konnte man meinen, daß eine in Europa gewonnene oder verlorene Schlacht über das Los von anderen Kontinenten entscheiden konnte.

Heute ist es etwas anders. Die wichtigste Entscheidung der Außenpolitik — Krieg oder Frieden — liegt nicht mehr in europäischen Händen. Wenn die Vereinigten Staaten und Rußland entschlossen sind, Frieden untereinander zu halten, umso besser für uns alle. Sollten jedoch Amerika und Rußland sich zum Krieg entschließen, dann würden wir alle von diesem Krieg verschluckt werden, ob wir es wollen oder nicht. Wir können versuchen, sie in dem einen oder anderen Sinn zu beeinflussen, entscheiden können wir nicht mehr.

Es gibt viele Leute in Europa, die behaupten, die Möglichkeit für unsere europäischen Länder, in einen Krieg verwickelt zu werden, hänge nur davon ab, daß wir mit Amerika in einem Bündnis stehen: der Atlantischen Allianz. Es ist nicht wahr. Sollten Rußland und Amerika sich für einen Krieg entscheiden, so wäre das viel mehr ein Weltkrieg als es der letzte war, und die Möglichkeiten, eine Neutralität zu bewahren, wären nur lächerlich gering. Eine Politik der Neutralität ist heute nur in Friedenszeiten möglich: dann, wenn die Neutralität eigentlich keine Bedeutung hat.

Neutralität als Politik ist nur für ein Land möglich, dessen Streitkräfte so stark sind, daß es für die kriegführenden Länder ein Wagnis

bedeuten würde, sich mit diesem zu verfeinden. Kein Land auf der Welt, weder in Europa noch in anderen Erdteilen, besitzt heute solche Kräfte; so daß — ich wiederhole es — die Entscheidung Krieg oder Frieden nicht mehr in den Händen der europäischen Großmächte liegt, wie es drei Jahrhunderte lang der Fall war.

Vor vier Jahrhunderten war Europa nichts mehr als eine kleine Halbinsel des großen asiatischen Kontinents, von asiatischen Kräften — damals der Türkei — bedrängt. Byzanz war gefallen, die Balkanländer besetzt, Wien bedroht: Europa schien an die letzte Schanze gedrängt zu sein. Und plötzlich machen sich Portugiesen und Spanier auf den Weg zum Weltall. Was sucht Christophorus Columbus auf dem Weg nach Amerika? Den berühmten Priester Joham, einen möglichen christlichen Verbündeten gegen die Türken, und Gold, um die Armeen Europas gegen die Türken zu retten. Dasselbe suchte Vasco da Gama auf dem Weg nach Indien. Bewußt oder halbwegs bewußt, war es ein ungeheures Umgehungsmanöver: so etwa wie es die Russen heute gegen den Westen mit ihrer Politik in den unentwickelten Ländern versuchen. Um sich gegen die Türken zu verteidigen, um sich zu retten, hat Europa die Welt erobert.

Zuerst Spanier und Portugiesen, nachher Franzosen und Engländer: alles Europäer. Warum konnten sie die Welt erobern? Sie hatten

bessere Waffen, sie waren in der Kriegshandlung überlegen. Schon immer waren die besten Waffen und die Überlegenheit in der Kriegführung das ausschlaggebende Element. Die Mongolen von Dschingis Chan sind bis zur Adria vorgedrungen, weil ihre Pfeile eine bessere Waffe waren und ihre kriegerische Organisation der der anderen überlegen war. Die Türken haben als erste die Bedeutung der Artillerie begriffen und haben als erste eine geschulte Infanterie organisiert. Es ist schade, daß die militärische Macht noch solche Bedeutung in der Welt besitzt, aber es ist eine Tatsache, die man nicht vergessen darf. Auch die beste Zivilisation der Welt, das beste soziale System können nicht bestehen, wenn man nicht imstande ist, sie zu verteidigen.

Die Conquistadores hatten nicht nur die besten Waffen, sie waren auch überzeugte Christen. Sie haben Gold gesucht, ohne Zweifel, aber sie haben auch den christlichen Glauben gesät. Auch ihre Nachfolger waren Christen, aber sie haben sich nicht so sehr um die Verbreitung des christlichen Glaubens gekümmert; mit der Zeit ist diese christliche Idee in den Hintegrund getreten. Europa hat sich gerettet und hat die Welt erobert, weil die Europäer von damals gute Waffen, festen Glauben, Vertrauen in ihre Zukunft hatten. Das alles hat ihnen den Mut gegeben zu großen Abenteuern.

In Berlin gibt es keine Möglichkeit zu Illusionen

Diese Vorherrschaft Europas konnte natürlich nicht anhalten. Nichts auf dieser Erde ist von ewiger Dauer. Und schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts konnte man die Anzeichen einer Entwicklung erblicken, die diese Vorherrschaft Europas herausforderte und zwei Kriege während einer Generation haben diese Entwicklung beschleunigt. Nach dem 1. Weltkrieg haben die Zurückziehung Amerikas in einen neuen Isolationismus und die zeitliche Ausschaltung Rußlands wegen seiner Revolution uns die Illusion gegeben, daß es noch weitergehen könnte wie früher. Diese Illusion hat uns in den 2. Weltkrieg gestürzt, und am Ende dieses Weltkrieges war es mit Europa aus. Haben wir das völlig begriffen? Ich fürchte, nein. Vergewärtigen wir uns einmal: vor 50 Jahren war die Ruhr noch das größte Stahlerzeugungszentrum der Welt. Seitdem hat sich die Ruhr an und für sich noch mächtig entwickelt. Aber wenn man heute von den 10 größten Hüttenwerkeinheiten der Welt spricht, so handelt es sich um sieben, die in den Vereinigten Staaten liegen, und um zwei in Rußland, während an 10. Stelle bereits ein chinesisches Werk zu finden ist. Somit beginnt diese Liste mit Magnetogorsk (Rußland) 6,6 Mill. Tonnen Stahl jährlich, und endet mit Anshang (China) 3 Mill. Tonnen Stahl jährlich. Im Verhältnis betrachtet hat Europa enorm viel und in ausschlaggebender Weise verloren. Das ist es, was wir nicht sehen wollen, und das ist das größte Hindernis auf dem Weg der Integration Europas. Wenn man in den Straßen von London und Paris herumgeht, hat man den Eindruck, es sei alles beim alten, eigentlich viel besser als vorher. Und es gibt eine gewisse Tendenz, aus diesen Eindrücken falsche Konsequenzen zu ziehen und die Weltentwicklung nicht richtig einzuschätzen.

Eine Ausnahme bleibt Berlin. Berlin ist heute ein memento mori für Europa. An der Stalinallee beginnt eine russische Stadt, am Kurfürstendamm eine westliche Stadt. Zwischen diesen beiden liegen noch Ruinen des deutschen Berlins. Das sollten alle Europäer sehen und bedenken. In Berlin sieht man heute die Realität Europas. In Berlin gibt es keine Möglichkeit, sich Illusionen zu machen.

Ich habe das betont, weil meiner Meinung nach diese Anerkennung des Untergangs der ehemaligen Großmächte Europas unumgänglich für eine wirkliche und gesunde Entwicklung der Idee der Einigung Europas ist. Solange die Illusion besteht, daß die einzelnen europäischen Länder eine eigene Politik betreiben können, daß sie allein eine wenn auch zweitrangige Großmacht-Stellung in der Welt zurückerobern können, verliert die Idee der Integration Europas ihre ganze Logik. Sie scheint nur eine Alternative zu sein, die man annehmen kann oder nicht. Es gibt jedoch keine Alternative mehr, entweder Integration oder Untergang Europas.

Die Zeit der Größe Europas, die Zeit der Großmachtstellung der einzelnen europäischen Staaten ist vorbei und kann nicht wiederkehren. Das ist noch nicht immer klar. Im Gegenteil, unser politisches Denken bewegt sich noch immer in dem herkömmlichen Rahmen. Wir träumen zuviel von einer möglichen Wiederkehr der politischen Rolle, die wir vor dem 1. Weltkrieg gespielt haben. Manchmal kommt einem der Gedanke an die Verdammten der Hölle von Dante, die vorwärts schreiten mit dem Kopf nach rückwärts gedreht.

Die Geschichte geht nie zurück. Das römische Reich war das Ergebnis einer Menge von Umständen, die nicht wiederkehren können. Wohl könnte Italien theoretisch eine Großmacht werden, auch eine entscheidende Machtstellung erwerben. Aber es wäre etwas ganz anderes gewesen als das römische Reich. Ebenso könnten theoretisch unter gewissen Umständen die verschiedenen Staaten Europas, besonders wenn vereint, eine Großmachtstellung erlangen. Aber es wäre doch immer etwas ganz anderes als die Herrschaft, die Europa ungefähr drei Jahrhunderte lang in der Weltgeschichte ausgeübt hat. So müssen wir vor allem ein für allemal begreifen, daß die Vergangenheit Vergangenheit ist. Es mag schön gewesen sein, aber es ist vorbei. Noch etwas müssen wir verstehen. Eine Großmachtstellung kann keiner von uns allein zurückgewinnen. Unsere nationale Wirtschaft kann sich weiterentwickeln. Neue Reichtumsquellen können erschlossen werden, wir können einen noch größeren Wohlstand erreichen; aber eine wirkliche Großmachtstellung können wir, ein jeder von uns allein, nicht mehr erreichen. Ich wiederhole: Wenn ich von Großmachtstellung spreche, meine ich eine Stellung, die es einem ermöglicht, souverän über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Warum? Leider bedeutet Macht immer militärische Macht. Wir können auf eine Gesellschaftsordnung der Zukunft hoffen, wo andere Elemente entscheiden werden als die bloße militärische Macht; aber das ist ein Traum der Zukunft, es ist nicht die heutige Realität. Und heute kann keine der ehemaligen Großmächte Europas sich eine militärische Macht schaffen, die groß genug ist, um sich eine Neutralität zu garantieren, um von sich selbst aus über Krieg und Frieden entscheiden zu können. Darüber muß man sich ganz klar sein. Einige nukleare Waffen zu haben, heißt nicht, Großmacht zu sein. Wenn ich mir ein Millionärs-Auto kaufe, so ist das nicht genug, um Millionär zu sein. Die Rüstungen, die heute möglich sind, um eine moderne, kampffähige militärische Macht zu haben, sind zu teuer für den Haushalt auch der reichsten europäischen Länder.

Kein noch so entwickeltes europäisches Land kann von allein bei sich zu Haus die industrielle Organisation schaffen, die für eine komplette,

moderne Rüstung nötig wäre. Heute beträgt der Haushalt der deutschen Bundeswehr ungefähr 13 Milliarden DM. Im Jahre 1938 betrug der Militärhaushalt Deutschlands ungefähr 16 Milliarden DM. Der Unterschied ist nicht so groß. Aber die 16 Milliarden von damals waren genug, um eine Militärmacht zu schaffen, die die ganze Welt herausfordern konnte. Heute kann keine Rede davon sein.

In diesem Sinn verschlechtert sich verhältnismäßig die Stellung Europas ständig und verbessert sich nicht. Spengler hat schon vor 40 Jahren vorausgesagt, daß eine Epoche kommen würde, in der die Großmächte immer größer und die kleineren Mächte immer kleiner werden würden. Aber auch er ahnte nicht — glaube ich — wie schnell das eintreffen würde.

Die Atlantische Allianz ist zehn Jahre alt. Vor zehn Jahren, als die nuklearen Rüstungen nur an der Stelle der strategischen Luftwaffe des letzten Weltkrieges in Betracht kamen, war der Machtunterschied zwischen den möglichen Panzerdivisionen Europas und denen der Vereinigten

Staaten oder Rußlands nicht absolut. Es war, wenn man will, ein quantitativer und kein qualitativer Unterschied. Mit der Entwicklung der nuklearen Waffen, die in diesen zehn Jahren stattgefunden hat, hat der Unterschied zwischen den europäischen Ländern und den beiden Welt-Großmächten enorm zugenommen. Das scheint so einfach und so klar: doch haben das viele Leute und Länder nicht verstanden. Einige der europäischen Staaten sind noch weit entfernt von dieser Erkenntnis, andere sind näher. Aber auf Regierungsebene, fürchte ich, hat noch keiner der europäischen Staaten dies vollkommen verstanden.

Es liegt an diesem Nicht-Verstehen-Wollen oder -Können dieser sehr einfachen Tatsache, daß es Hindernisse auf dem Wege der Integration Europas gibt.

Es ist nur die Integration Europas, die etwas daran ändern kann. Nicht von einem Tag zum andern natürlich. Aber ein integriertes Europa könnte mit der Zeit, mit dem erforderlichen Willen und Opfern sich eine komplette moderne Rüstung geben.

Viel Worte und wenig Taten

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich glaube nicht, daß auch unter solchen Umständen Europa zur dritten Weltmacht werden könnte, einer Weltmacht, die den Vereinigten Staaten oder Rußland wirklich ebenbürtig sein würde. Aber es könnte ohne Zweifel ein wichtiger Verbündeter Amerikas werden, wie es z. B. während des zweiten Weltkrieges Großbritannien noch gewesen ist. Dazu braucht man Zeit: zehn Jahre, zwanzig Jahre wahrscheinlich. Als einzelne Staaten können wir ehemaligen europäischen Großmächte nur verhältnismäßig noch unbedeutender werden. Zusammen jedoch können wir etwas werden: zusammen und nur zusammen können wir eine Zukunft haben.

War dies von Anfang an bei der Bewegung zur europäischen Integration klar? Ich bin darüber nicht sicher. Man hat die europäische Integration eher als ein Mittel betrachtet, um den Zwietrachten zwischen den europäischen Ländern ein Ende zu machen. Wir hatten endlich begriffen, daß dieses ewige gegenseitige Bekriegen nur zur Vernichtung Europas führte. Das ist schon sehr gut: Hätten wir das nur vor vierzig Jahren schon verstanden. Aber an der Wiederherstellung der Macht Europas in der Welt hat man nicht gedacht, oder wenigstens nicht klar genug gedacht. Und das ist heute noch so.

Man hat viel über Europa gesprochen. Hat man ebensoviel dafür getan? Meiner Meinung nach nein. Man hat für Europa bedeutend mehr Worte verwendet als Taten. Und Worte sind keine Taten.

Der Mann, der Europa auf den Weg übernationaler Behörden für begrenzte Zwecke leitete, hat wahrscheinlich ehrlich geglaubt, damit allmählich zur Integration Europas gelangen zu können. Wenn ich ganz ehrlich sein soll, glaube ich, er hat Europa in eine falsche Richtung gelenkt. Die Franzosen sagen, daß, wenn die Regierung oder das Parlament etwas nicht zu machen wünschen, man die Sache einer Kommission übergibt: eine Art von freudianischer Verdrängung und das trifft auch in bezug auf Europa zu. Die Integration Europas ist eine politische Angelegenheit und nicht eine technische oder ökonomische oder fachmännische. Sie muß politisch behandelt werden und nur als solche. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich habe nichts gegen diese Organisationen. Nehmen wir zum Beispiel die letzte dieser Organisationen, den Gemeinsamen Markt. Ich bin überzeugt, daß der Gemeinsame Markt nicht nur eine sehr gute Sache ist, sondern auch für eine weitere Integration Europas absolut nötig ist, nötig, aber nicht ausreichend. Ein Haus ohne Treppe ist undenkbar, aber wenn man nur die Treppe baut, ist das nicht ein Haus.

Es ist die Folge unserer allzu materialistischen Konzeption der Probleme unserer Gesellschaft. Es ist wahr, daß es mit einem gut gelungenen Gemeinsamen Markt wahrscheinlich möglich wäre, mehr Leute zu haben, die sich ein Auto oder einen Fernseher leisten können. Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Man hat gesagt, daß man durch diese Hohen Behörden sich allmählich daran gewöhnt, auf die Souveränität des Staates zu verzichten. Das trifft nicht vollkommen zu: diese Behörden sind nur ein Scheinverzicht. Das hat uns die Montanunion gezeigt. Noch in diesem Frühjahr hatte die Hohe Behörde wegen der Kohlenkrise einige Beschlüsse getroffen, aber die deutsche und die französische Regierung haben diese nicht angenommen und die Hohe Behörde hat ihre Beschlüsse in die Schublade zurücklegen müssen. Ich will hier nicht darüber diskutieren, ob diese Beschlüsse der Hohen Behörde gut waren oder schlecht. Das hat nur gezeigt, wenn die Regierungen nicht einverstanden sind, alle Befugnisse, die angeblich die Hohe Behörde, wenn auch vertragsmäßig, hat, belanglos sind.

Man spricht seit langem so viel von direkten europäischen Wahlen, als ob die europäischen Probleme dadurch gelöst sein könnten. Wie bekannt, gibt es neben den verschiedenen Behörden parlamentarische Ausschüsse, die von den nationalen Parlamenten gewählt sind. Man behauptet, wenn die Mitglieder dieser Ausschüsse direkt gewählt würden, hätten sie eine viel größere Autorität.

Meiner Meinung nach ist das nicht wahr. Die Macht eines Parlaments besteht darin, daß es das Recht hat, die Regierung zu kontrollieren und zu stürzen: das ist wesentlich. Wenn der Verfassung nach eine Regierung auch gegen den Willen des Parlaments an der Macht bleiben kann, dann hat das Parlament keine eigentliche Macht mehr. Dieses europäische Parlament könnte eine Macht werden, wenn zu gleicher Zeit eine europäische Regierung bestünde, die dieses Parlament stürzen könnte. Aber solange es keine europäische Regierung gibt, die einem europäischen Parlament gegenüber verantwortlich ist, ist das Parlament, auch wenn direkt gewählt, nur eine Sammlung von sehr ehrbaren Leuten, die gute Reden halten können, wohl auch vernünftige Vorschläge machen, aber keine eigentliche Macht besitzen. Auch die Ausschüsse, wie sie heute sind, können einen sehr großen Einfluß haben. Die Minister achten weiter nicht auf die Vorschläge des Ausschusses: gut, aber wenn die Parlamentarier nach Hause kommen, könnten sie ihren Einfluß im nationalen Parlament ausnützen, um die Regierung zu zwingen, ihre Vorschläge anzunehmen. Sie tun das nicht, weil in dem nationalen Parlament keine Mehrheit für ihre Vorschläge besteht, oder weil sie bloß zu Hause vergessen, was sie in Straßburg oder Brüssel gesagt haben. Direkt gewählte Vertreter würden wahrscheinlich dasselbe tun. Hohe Behörde, Kommissionen, parlamentarische Ausschüsse, sind nur Auswege, um die Frage der Integration Europas, eine rein politische Frage, nicht direkt anzupacken. Man wagt nicht, die Hauptfrage aufzugreifen, man sucht nach Ersatz. Durch Ersatzmittel und Umwege hat man nie etwas konstruktives geschaffen.

Die Integration Europas, ich wiederhole es, ist vor allem eine politische Angelegenheit: es gibt keine Integration ohne eine gemeinsame Außenpolitik. Aber Außenpolitik ohne militärische Macht hinter sich ist keine Außenpolitik. Darum ist die Militärmacht-Frage die Hauptfrage Europas. Können wir für diese militärische Integration einen ge-

meinsamen Nenner finden, dann ist Europa eine Realität. Gelingt uns das nicht, dann haben wir kein Europa.

Das haben die Kommunisten gut verstanden, als sie so eifrig gegen die europäische Armee gekämpft haben, und leider haben sie gewonnen. Wir haben das, fürchte ich, noch nicht vollkommen verstanden.

Mit der Vernunft allein geht es nicht

Wir leben heute in einer Zeit der Massen. Die Demokratie ist an sich eine Massenregierung. Darum ist nur das wirksam, was die Massen verstehen, was die Massen bewegen kann. Die Vereinigung Europas kann nicht das Ergebnis der Entscheidung einiger intelligenter und ehrwürdiger Leute sein. Diese Leute können höchstens Triebfedern sein, um die öffentliche Meinung zu bewegen. An sich haben sie auch keine Macht. Das hat man, fürchte ich, vergessen. Man hat die Möglichkeiten der Diplomatie, der Außenpolitik überschätzt: Diplomatie und Außenpolitik können nicht allein die Vereinigung Europas durchsetzen.

Eigentlich ist es immer so gewesen. Man sagt in Deutschland, daß es Bismarck war, der die Vereinigung Deutschlands zustande gebracht hat. Dasselbe sagt man in Italien von Cavour. Meiner Meinung nach stimmt das nicht ganz. Die Verdienste Bismarcks und Cavour's für die Einigung Deutschlands und Italiens sind enorm, aber sie liegen woanders. Mit der Vereinigung Deutschlands und Italiens sind im europäischen Konzert der Mächte zwei neue Mächte aufgetreten. Eine größere Macht, Deutschland, eine kleinere, Italien. Das Auftreten einer neuen Großmacht ist immer eine Verschiebung der existierenden Machtverhältnisse. Darum stößt das immer auf einen gewissen Widerstand. Die Vereinigung Deutschlands und Italiens hat nicht unter dem Beifall der anderen Mächte stattgefunden, im Gegenteil. Das große Verdienst von Bismarck und von Cavour war, daß sie die sich bietenden außenpolitischen Möglichkeiten glänzend benützt haben, um diese Vereinigung möglich zu machen. Ohne Zweifel ein sehr großes Verdienst. Aber die Vereinigung an sich entstand nicht aus ihrem Willen heraus oder aus ihrer Tätigkeit. Es ist auch fraglich, für Cavour wie für Bismarck, ob sie — zu Anfang wenigstens — dieses Ziel klar vor Augen gehabt haben. Die Vereinigung Deutschlands und Italiens ist aus der Tiefe des Volkes gekommen, ihre Wurzeln sind sentimental Ursprungs. Dichter, Philosophen, Geschichtsschreiber haben diese tiefen Gefühle, die Romantik der Massen erweckt. Cavour und Bismarck haben dieser tiefen Massenbewegung die Möglichkeit zur Verwirklichung gegeben. Aber die Idee existierte und wirkte vor ihnen. Vernunft war auch dabei, Machtwille ebenfalls in diesem Streben nach nationaler Einheit. Es gab viele Italiener und viele Deutsche, die die Vereinigung ihres Vaterlandes wünschten, weil sie ihm eine Machtstellung in der Welt geben wollten, der Machtstellung der alten herkömmlichen Großmächte England, Frankreich oder Österreich ebenbürtig. Aber für nur sachliche Gründe läßt man sich nicht töten: und keine Idee kann verwirklicht werden, wenn junge Leute nicht bereit sind, für sie zu sterben.

Ich habe vor kurzem in Mailand, in einer Ausstellung des Jahres 1859, einen kleinen Kupferstich gesehen: die Erstaufführung der Garibaldi-Hymne. Schlechte Musik und schlechte Dichtung, kann man heute sagen, und wahrscheinlich mit Recht. Aber tausende von jungen Leuten sind mit dieser schlechten Musik auf den Lippen gestorben. Wahrscheinlich gibt es für die deutsche Vereinigung auch so etwas, was der Garibaldi-Hymne gleichkommt.

Das ist meiner Meinung nach, was der Vereinigung Europas fehlt: etwas Un-Vernünftiges, Romantisches, auch schlecht Dichterisches, wenn man will, aber etwas, das die Gefühle der Massen der Jugend wirklich bewegen kann.

Wir Europäer, die hier oder woanders versammelt sind, haben ohne Zweifel viel geleistet und viel guten Willen gezeigt. Doch etwas fehlt: wir sind zu vernünftig, wir haben für die Vereinigung Europas nur vernünftige Gründe gehabt, und vernünftige sachliche Wege, Kohle, und Stahl, Wirtschaft, Handel. Darum haben wir keine wirkliche Begei-

Man muß klar sehen, wozu man Europa schaffen muß. Nur wenn das eindeutig verstanden ist, kann man sich um das „wie“ kümmern.

Das „warum“ klar zu verstehen, ist auch noch nicht genug: einen festen Willen braucht man, festen Willen, feste Überzeugungen, Entschlossenheit. Dazu sind heute ein paar Leute nicht genug.

sterung für Europa entdecken können. Mit Vernunft allein jedoch hat man sehr wenig in der Weltgeschichte erreicht: ein bißchen Narrheit ist unentbehrlich. Vernunft ist nötig, um tiefe, romantische Gefühle in praktische Gleise zu lenken. Aber Vernunft allein ist nicht viel wert. Die Welt wäre zu schön, könnte sie von der Vernunft regiert werden.

An einigen europäischen Versammlungen habe ich teilgenommen, andere habe ich durch die Presse verfolgt. Es sind immer dieselben Leute, die sich versammeln, überzeugte Leute, ehrliche Leute, aber immer nur dieselben: das ist nicht genug. Man sollte vielmehr herumgehen, herumsprechen, wie die ersten Apostel der Religion. Man sollte die Leute überzeugen, die nicht für Europa sind. Was ist es sonst, was wir tun? Ein Zusammentreffen überzeugter Leute. Ein Sichzufriedengeben mit dem, was man getan hat, ein Sichzufriedenstellen mit Worten. Und man kommt nicht voran.

Ich habe soeben gesagt, nach dem „wozu“ kommt die Frage „wie“. Dafür muß man zuerst klar sehen, was möglich ist und was nicht. Alle Europäer, oder fast alle die sich versammeln, sind im Grunde genommen Föderalisten. Ich bin auch Föderalist, in dem Sinn, daß ich überzeugt bin, daß das perfekte Europa, das Endziel Europas, nur eine politische Föderation sein kann. Aber ist das heute möglich?

Wo liegen die schwierigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer europäischen Vereinigung? Sie liegen in Frankreich und in England.

Das ist auch verständlich. Deutschland und Italien haben in ihrer Geschichte zwei verschiedene Traditionen: eine nationale und eine übernationale. Deutschland und Italien haben Jahrhunderte lang in dem Rahmen zweier übernationaler Institutionen gelebt: dem Heiligen Römischen Reich und dem Papsttum. Deutsche und Italiener haben Jahrhunderte hindurch ehrlich und bewußt für andere Mächte gekämpft oder Politik und Diplomatie getrieben. So daß für uns die Verschmelzung in einen übernationalen Staat nicht gegen unsere Tradition ist. Anders ist es bei Frankreich und bei England. Schon vor 900 Jahren sagte der König von Frankreich, daß er Kaiser in seinem Königreich sei. Auch England hat eigentlich nie dem Heiligen Römischen Reich angehört. Aber was noch wichtiger ist: Deutschland und Italien haben nicht die Möglichkeit gehabt, sich täuschen zu lassen. Wir haben den Krieg verloren. Unsere Machtträume wurden durch den Krieg zerstört, sie haben uns nur Trümmer und Leiden gebracht. England ist noch das Zentrum eines Commonwealth, eines Reiches, Frankreich hatte noch am Ende des Krieges weiten Kolonialbesitz, so daß für beide Länder — für England noch mehr als für Frankreich — die Illusion einer möglichen Wiederherstellung ihrer individuellen Machtstellung in der Welt im Bereich des Möglichen sein mochte.

Es ist nicht vollkommen wahr, daß England sich gegen Europa gestellt hat. England hat sich vom ersten Moment an klar gegen eine europäische Verfassung gestellt. England will vom Föderalismus nichts hören. Die Engländer haben immer an Europa als eine Nebeneinanderstellung von souveränen Regierungen gedacht, um zusammenzuarbeiten nur soweit es nützlich und möglich ist. Wahrscheinlich etwas wie das britische Commonwealth, das keine Verfassung hat, aber doch eine Realität ist: obwohl Commonwealth und Europa eigentlich nicht miteinander zu vergleichen sind.

Die Kontinentalen wollten im Gegenteil eine Verfassung, sie wollten etwas mehr als die bloße Nebeneinanderstellung selbständiger Regierungen. Das war der erste Bruch im Straßburgischen Europa: sechs Länder — Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Beneluxländer — haben sich bereit erklärt, weiterzugehen in einer mehr oder weniger

ausgeprägten föderativen Richtung. Aber Frankreichs Haltung war unentschieden. Einige Franzosen, darunter der hervorragendste von ihnen, Robert Schuman, hatten begriffen, daß eine isolierte Wiederherstellung der Macht Frankreichs unmöglich war. Darum waren sie bereit, wenn auch auf dem vorsichtigen Umweg der Hohen Behörde, in einer föderalistischen Richtung weiterzugehen. Aber die Schuman'schen Franzosen waren leider nie die Mehrheit. Die Anhänger des Europa der Sechs waren in Frankreich nur eine politische Partei, die gegen andere Par-

teien kämpfte. Jetzt hat in Frankreich eine andere Richtung die Oberhand gewonnen: „l'Europe des patries“. Was ist eigentlich dieses Europa der Vaterländer? Es ist eine Allianz, tiefer und intimer wenn man will, als die traditionellen Allianzen, zwischen den sechs Staaten Kontinentaleuropas, um zusammen ihre gemeinsamen Interessen zu verteidigen und gemeinsam eine größere Machtstellung in der Welt zu erobern, aber unter voller Bewahrung ihrer staatlichen Persönlichkeit. Die Institutionen, Behörden oder Verfassungen werden später in dem Maße kommen, wo sie sich als nötig und reif erweisen.

Ein Europa der Vaterländer?

Diese Konzeption der „Europe des patries“ steht im Gegensatz zu der Auffassung der Hohen Behörde. Man sagt, daß es unmöglich ist, „vaterlandslosen technischen Räten“ wichtige ökonomische oder politische Entscheidungen zu überlassen; nur die Regierungen können solche Entscheidungen treffen. Es gibt somit zwei mögliche Konzeptionen von Europa: Groß-Europa, das heißt ein Europa mit England und seinen befreundeten Staaten; Klein-Europa, das sind die sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes.

Was wollen wir denn, wir Deutschen und Italiener? Wollen wir dieses Groß-Europa? Gut. Dann müssen wir es schaffen so und soweit wie die Engländer bereit sind es anzunehmen. Ökonomisch nur die Freihandelszone, politisch und militärisch nur irgendeine pragmatische Entwicklung des UEO. Nicht viel, sehr pragmatisch, sehr elastisch, sehr flüchtig; und dann abwarten und sehen wie sich die Umstände entwickeln, und wie diese Umstände diese Entwicklung der öffentlichen Meinung in den verschiedenen Ländern beeinflussen.

Oder sind wir für Klein-Europa? Gut. Aber dann müssen wir uns auch damit abfinden, daß das jetzige Frankreich die föderalistische Grundidee der Schuman-Periode nicht mehr annimmt: das heißt, keine föderalistischen Träume mehr, nur das Europa der Vaterländer. Wir Deutschen und Italiener können weder die Engländer noch die Franzosen zwingen, unsere Auffassung Europas anzunehmen. Wir können nur hoffen, daß mit der Zeit die Dinge sich anders entwickeln werden.

Dann kommt noch eine andere Frage zu Klein-Europa: Frankreich verlangt für sich wenn nicht verfassungsmäßig, so doch ziemlich deutlich eine führende Stellung. Was eigentlich diese führende Stellung bedeutet, ist nicht klar und wird wahrscheinlich nie klar sein. Man könnte vielleicht sagen, daß Frankreich der Meinung ist, eine Weltmacht mit Weltinteressen zu sein; Deutschland und Italien sind hingegen nicht solche Weltmächte. Ob das wahr ist oder nicht, läßt sich diskutieren, aber eines steht fest: wenn wir Klein-Europa mit Frankreich machen wollen, müssen wir diese wenn auch unklar definierte führende Stellung Frankreichs akzeptieren. Wenn Sie wollen, ist das der Preis, den wir zahlen müssen, um Frankreich zur Europa-Idee oder auch nur zu dem Europa der Vaterländer zu bekehren.

Allerdings müssen wir auch damit rechnen, daß England dieser Form von europäischer Integration nicht vollkommen freundlich gegenübersteht. So daß, wenn wir dieses Europa wollen, wir immer auch bis zu einem gewissen Punkt und für einige Zeit gegen England gehen. Glauben wir, daß es sich lohnt, diesen Preis zu zahlen? Gut dann können wir weitergehen. Wollen wir diesen Preis nicht zahlen, so müssen wir uns auch darüber klar sein, daß wir damit auch auf die kleine europäische Integration verzichten, die nur unter diesen Bedingungen möglich ist. Nur wenn wir die politische Lage, so wie sie ist, klar sehen, können wir weiterarbeiten. Man hat gesagt, daß die Diplomatie oder die Politik die Kunst des Möglichen ist. Was im Rahmen des Möglichen ist, ist Politik. Was im Rahmen des Wünschenswerten und des Unmöglichen bleibt, ist keine Politik, das ist bloß Rhetorik. Übrigens ist das alles nur wichtig, solange die europäische Integration ein geistiges Spiel ist mit Verfassungen und juristischen oder philosophischen Anschauungen. Wären wir wirklich überzeugt, daß die Integration Europas für uns eine Frage von Leben und Tod, von Sein oder Nichtsein bedeutet, und hätten

wir eine mächtige, überzeugte Massenbewegung hinter uns, dann hätten alle diese Haarspaltereien gar keinen Wert: wie sie eigentlich keinen Wert haben. Wichtig ist, Europa zu integrieren: wie, das ist belanglos.

Wie stehen eigentlich die Regierungen zu der europäischen Integration? Die deutsche Regierung war immer entschieden günstig eingestellt. Dasselbe gilt für Italien. Die französische Regierung war immer gespalten, so wie das Parlament, so wie die öffentliche Meinung Frankreichs. Eine wirkliche entschlossene Majorität für Europa hat es dort eigentlich nie gegeben. Jetzt, allem Anschein nach, ist de Gaulle für Europa, l'Europe des patries. Und da de Gaulle Frankreich ist, können wir sagen, daß wir heute zum ersten Mal in Frankreich eine Regierung haben, die wirklich für eine bestimmte Form von Europa ist.

Aber die Regierungen sind furchtbar beschäftigt. Sie haben keine Zeit für eine lange und geduldige Arbeit, wie sie die europäische Vereinigung braucht. Die Regierungen sind beschäftigt mit einer sehr wichtigen Angelegenheit: sie wollen an der Macht bleiben. Das ist keine Kritik, es ist bloß eine Binsenwahrheit, und es ist immer so gewesen. Alles was die Regierungen in einigen Jahrtausenden der Geschichte gut oder schlecht gemacht haben, diente nur dazu, um an der Macht zu bleiben. Auch Ludwig der Vierzehnte, wahrscheinlich der mächtigste Souverän, den die westliche Welt je gehabt hat, war immer von der Erinnerung der „fronde“ seiner Jugend besessen.

In einer demokratischen Regierungsform sind die Gesetze, um sich an der Macht zu halten, ganz anders. Vor der Demokratie verlor man mit der Macht auch seinen Kopf: in der Demokratie kann man die Macht verlieren und den Kopf behalten und auch die Hoffnung, noch einmal zur Macht zu gelangen. Schlumpeter hat gesagt, daß die demokratische Staatsform ein freier Wettbewerb um die Erlangung der Macht sei. Deshalb können die Regierungen, auch die europafreundlichsten, die europäische Vereinigung auch vergessen, wenn sie nicht den Eindruck haben, daß das nötig oder auch nur nützlich ist, um an der Macht zu bleiben. Europa geht weiter oder nicht in dem Maße als die europäische Bewegung sich als wichtige politische Kraft entwickelt. Die europäische Bewegung war einmal beinahe drohend geworden. Die Regierungen haben die Organisation von Straßburg zugelassen. Mit dieser Organisation waren die Europäer eine Zeitlang zufrieden. Dann haben sie sich nochmals in Bewegung gesetzt, und man hat ihnen die Montanunion gegeben. Dann ist die Enttäuschung der Europa-Armee gekommen, später eine Wiedergeburt der Bewegung, und man hat den Gemeinsamen Markt geschaffen. Man könnte manchmal den Eindruck haben, daß Vorwärtsschritte im Sinne der europäischen Vereinigung zugeteilt werden, wie Knochen einem hungrigen Hund, von dem man fürchtet, daß er beißen könnte. Dann wird der Hund ruhig, und man denkt nicht mehr an ihn. Kein böser Wille; aber eine demokratische Regierung kann sich wirklich nur mit einem Problem beschäftigen, wenn dieses Problem dringend und akut ist: sonst hat sie keine Zeit. Nun ist die Lage einmal so, und man kann nichts ändern. Von einer demokratischen Regierung kann man nur sagen: la plus jolie jeune fille du monde ne peut donner que ce qu'elle a. Aber die Erfahrung hat uns auch gezeigt, daß die schlimmste demokratische Regierung besser ist als die beste totalitäre Regierung.

Als noch die Hoffnung auf eine Ratifizierung der europäischen Armee in Frankreich bestand, hatte ein Abgeordneter, ein wirklich guter

Europäer — Teitgen — eine Idee, die ich für ausgezeichnet halte. Er wollte, daß zum Beispiel 20 französische Abgeordnete auf ihr parlamentarisches Mandat verzichten sollten, um neue Wahlen anzuregen. Und ein jeder dieser Abgeordneten sollte vor den Wahlen mit einem klaren, eindeutigen Europa-Armee-Programm auftreten. Ich bin überzeugt, daß, wenn man das getan hätte, die französischen Wähler in überragender Mehrheit europäische Abgeordnete zurückgeschickt hätten. Das hätte bewiesen, daß man über die Europa-Frage sein Parlamentsmandat gewinnen oder verlieren konnte. Und vieles hätte sich damit geändert, in Frankreich wie überall.

Meine Damen und Herren, da liegt meiner Meinung nach der Weg, da liegt die Pflicht der Europa-Bewegungen. Man muß die Massen mobilisieren, man muß eine Massenbegeisterung schaffen, so daß Parlamente und Regierungen sich überzeugen, daß sie auf diesem Weg weitergehen müssen, wenn sie an der Macht bleiben wollen. Man muß zeigen, daß man scharfe Zähne hat zum beißen. Was sind wir heute hier: einige vernünftige, überzeugte, anständige Leute. Vor allem anständige Leute. Hat man aber in der Geschichte je etwas mit anständigen Leuten erreicht? Europa muß zu einer drohenden, revolutionären Bewegung werden: revolutionär, weil die europäische Vereinigung eine Revolution ist. Sie muß eine Gefahr für die Regierungen werden. Könnten wir ein paar große politische Streiks für Europa veranstalten, so wie man sie für höhere Löhne organisiert, dann wäre die Integration Europas schon lange eine Tatsache.

Diejenigen von uns, die Abgeordnete sind, sollten zu Haus eine Qual für die Regierungen werden, ihr keine Minute Ruhe lassen, sich nicht mit dieser oder jener ausweichenden Antwort begnügen.

Für die Vereinigung Deutschlands und Italiens ist man auf die Straße, auf die Barrikaden gegangen. Solange dasselbe nicht auch für Europa möglich ist, werden wir nur Ersatz-Europas bekommen. Ob das möglich ist, weiß ich nicht; aber warum nicht? Ohne Zweifel muß man, um dieses Ziel zu erreichen, eine mystische, unvernünftige Saite in der Seele der Menschen erwecken. Welches die beste Saite ist, kann ich nicht sagen. Wahrscheinlich ist nicht dieselbe Saite in allen Ländern Europas immer die beste. Persönlich bin ich überzeugt, daß ein Appell an die Machtstellung, an den Machtwillen, an die Würde Europas einen großen Widerhall haben würde. Aber man kann auch anderer Meinung sein. Wenn uns das gelingt, dann gelingt uns auch gleichzeitig die Vereinigung Europas. Gelingt uns das nicht, dann wird auch die Vereinigung Europas nicht gelingen. Mit Kommissionen, mit Technikern, mit Ausschüssen kann man nicht sehr weit kommen. Vergessen wir das bitte nicht. Aber wenn das nicht gelingt, und wenn wir nicht diesen Weg gehen wollen, dann sprechen wir nicht mehr von der Stellung, den Möglichkeiten Europas in der Welt. Europa wird zur Lage Griechenlands im Römischen Reich herabsinken: eine historische Ausstellung der Vergangenheit. Man hat doch gesagt, daß die Amerikaner die Römer der modernen Welt sind, und wir Europäer die Griechen: und vielleicht die Russen die Parther.

Vor einigen Jahren war ich bei einer Sitzung des Ministerrats irgendeiner europäischen Institution. Man verhandelte wie gewöhnlich über Personalfragen. Das und nur das ist immer das Wichtigste, leider.

Und es war, wie es zuweilen vorkommt, der uneuropäischste Kuhhandel — entschuldigen Sie den Ausdruck — den man sich vorstellen kann. Und ich habe in einem gewissen Moment eine große Versuchung gehabt: meinen Sitz zu verlassen, auf die Straße zu gehen, einige hundert Leute zu versammeln, um Steine in den Saal zu werfen, wo die Minister versammelt waren. Steine sind manchmal ein sehr gutes Argument, nicht immer demokratisch, aber auch nicht völlig undemokratisch. Ich habe das nicht getan: ich bin ruhig weiter dageblieben. Warum? Ohne Zweifel war auch ein bißchen Feigheit dabei: das hätte mich meinen Botschafterposten gekostet. Aber auch die Überzeugung, daß ich die wenigen hundert Leute nicht hätte zusammenbringen können. Man hätte mich wahrscheinlich bloß verhaftet und einer Blutanalyse unterzogen, um festzustellen, wieviel Alkohol ich absorbiert hätte: weiter hätte ich nichts erreichen können. So stehen die Dinge. Man muß eine solche Lage zustande bringen, die es ermöglicht, irgendwie und irgendwann einige hundert Leute zu versammeln, um die nicht genügend europäisch gesinnten Minister mit Steinen zu bewerfen.

Glauben Sie mir, das ist nicht eine brillante Formulierung: es sind meine Erfahrungen und, wenn Sie wollen, meine Enttäuschungen, die hier sprechen. Ohne Stockhiebe geht ein Esel nicht vorwärts: und dafür muß man einen Stock haben. Den haben wir nicht, den müssen wir uns schaffen. Dies sollte die Rolle der Europa-Mission werden: eine Peitsche für die Regierungen, die Verwaltungen, die Parlamente.

Wenn das gelingt, dann haben wir gewonnen, sonst werden wir weiter nur Worte haben.

Die Autoren dieser Beilage:

Iring Fetscher (geb. am 4. 3. 1922 in Marbach am Neckar) studierte Philosophie an den Universitäten Tübingen und Paris, promovierte 1950 mit einer Arbeit über „Hegels Lehre vom Menschen“; Dozent für politische Wissenschaften an der Universität Tübingen.

Veröffentlichungen u. a.: Stalin, über dialektischen und historischen Materialismus, Text und kritischer Kommentar, Frankfurt 1957 (4. Auflage), Von Marx zur Sowjetideologie, Frankfurt 1957 (3. Auflage); Der wissenschaftliche Anspruch des dialektischen Materialisten, in „Christen oder Bolschewisten“, Stuttgart 1957. Einleitung zur A. Comte, Rede über den Geist des Positivums, Hamburg 1956. Der Marxismus im Spiegel der französischen Philosophie in „Marxismusstudien“ (erste Folge) Tübingen, 1954; Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung in „Marxismusstudien“ (zweite Folge), Tübingen 1957. Struktur und Ideologie der modernen Tyrannei in „Gesellschaft, Staat, Erziehung“, Ztschr. f. polit. Bildung, Frankfurt 1957 Heft 5.

Pietro Quaroni, geboren in Rom am 3. Oktober 1898. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Promovierung zum Dr. jur. Eintritt in den diplomatischen Dienst. Am 6. Juli 1920 als Legations-Attaché nach Konstantinopel. Anschließend Dienst in Buenos Aires (1923), Moskau (1925), Tirana (1928), im Außenministerium in Rom (1931). 1932 zum Legationsrat ernannt. Mitglied zahlreicher Delegationen bei internationalen Konferenzen, u. a.: italienisch-französische Konferenz von 1932; Internationale Konferenz über Luftfahrt-Privatrecht von 1933; Konferenz von Rom über die Revision der Berner Transportkonventionen. April 1935 Sachverständiger bei der Konferenz von Stresa. Im September des gleichen Jahres zum Generalkonsul in Saloniki ernannt. 1936 mit dem Titel eines Bevollmächtigten Ministers nach Kabul versetzt. 1943 zum Botschafter in Moskau ernannt. Mitglied der italienischen Delegation der Friedenskonferenz in Paris und New York. 1947 bis März 1958 Botschafter in Paris. Seit 1. April 1958 Botschafter in Bonn.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.